

W 61

# Stadtgemeinde Zübingen

---

## Geschäftsbericht über die Jahre 1929—1931

Erstattet von Oberbürgermeister Scheef  
anlässlich der Verabschiedung der ausscheidenden  
und der Verpflichtung der neu eintretenden Gemeinderatsmitglieder  
in der öffentlichen Gemeinderatsitzung  
am 4. Januar 1932.

---

UM  
182  
♥



Der Wechsel in der Besetzung unseres Gemeinderatskollegiums, das Ausscheiden bisheriger und der Eintritt neuer Mitglieder gibt Veranlassung zur Rückschau und Ausschau.

Dem Gemeinderat Tübingen ist die Verwaltung einer Stadt von besonderer Prägung anvertraut.

Es sei dargelegt, wie diese Verwaltung in den letzten Jahren geführt worden ist.

**Unsere Stadt ist Universitätsstadt ohne große Industrie.**

In ihr haben viele Beamten ihren Sitz und sie wird von vielen Pensionären und Witwen als Wohnstätte ertoren. Das wirtschaftliche Leben wird dadurch maßgebend beeinflusst.

Alles, was der **Universität** dient, was ihre Blüte fördert, dient auch der Bevölkerung der Stadt, deren Handel und Wandel, deren Arbeits- und Verdienstmöglichkeit untrennbar mit der Universität verbunden ist. In Förderung der Interessen der Universität darf unsere Stadt im Rahmen des ihr irgendwo Möglichen nicht erlahmen.

Die Einrichtungen der Universität haben im Lauf der letzten Jahre bedeutende Aenderungen, Verbesserungen und Erweiterungen erfahren, wobei fast durchweg die Stadtgemeinde irgendwie mitzuwirken hatte.

Das neue zentrale **Fernheizwerk**, das erfreulicherweise im Betrieb ist, erforderte besonders viele Vorverhandlungen zwischen der staatlichen Bau- und Finanzverwaltung und der Stadtgemeinde. Zunächst war von der staatlichen Bauverwaltung geplant, dieses Fernheizwerk westlich der Stadt, im Ammertal, an der Westbahnhofstraße, zu erstellen. Wegen Abgabe des erforderlichen Geländes wurde mit uns verhandelt. Die Westbahnhofstraße war damals noch nicht erstellt. Für die Entwicklung der Stadt wäre aber diese Situierung nicht günstig gewesen. So boten wir gerne die Hand dazu, daß der jetzige Platz an der **Brunnenstraße** gewählt worden ist. Das Areal wurde von uns zu angemessenem Preis abgegeben. Die Brunnenstraße wurde von uns im Interesse des Staats bauplanmäßig ausgeführt. Im Fernheizwerk wird durch die staatliche Bauverwaltung **elektrische Energie** gewonnen. Wir haben uns wegen der austauschweisen Verwendung der überschüssigen Kraft mit dem Staat verständigt.

Auch bezüglich der **Universitätswaschanstalt** waren verschiedenfache Verhandlungen notwendig. Es ist möglich geworden, mit dem Staat eine Vereinbarung zu treffen über die **Lieferung des erforderlichen Betriebswassers**, das in erheblichen Mengen gebraucht wird, durch uns.

Der **Ambau der Aula** fand unsere lebhafteste und freudige Anteilnahme. Wegen der Ausgestaltung des Platzes zwischen Wilhelmstraße und Aula und wegen sonstiger damit zusammenhängender Fragen wurde und wird verhandelt. Wir hielten es für unsere Aufgabe, im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Aula die **Straßen im Universitätsgebiet** durchgreifend und wesentlich zu verbessern. Wegen der Verbesserung der Fahrbarkeit konnten wir Vereinbarungen treffen über die **Absträgung der Ecken Wilhelmstraße-Sicherstraße und Wilhelmstraße-Gmelinstraße**. Die zur Universität führende **Wilhelmstraße** wurde unter erheblichem Kostenaufwand umgebaut und den Bedürfnissen des heutigen Verkehrs angepaßt.

Besonders viele Schwierigkeiten waren städtischerseits zu überwinden hinsichtlich der **neuen Chirurgischen Klinik**. Es ist uns gelungen, im Laufe der Zeit durch tatkräftiges Eingreifen, durch Verständigung, durch Verhandlungen und durch städtische Opfer eine Reihe dieser Schwierigkeiten zu überwinden. Für die Stadtgemeinde Tübingen ist die **Neuerstellung einer Chirurgischen Klinik von allergrößter Bedeutung**. Durch diesen Neubau wurde den Bedürfnissen der Medizinischen Fakultät und damit der ganzen Universität Rechnung getra-

gen und es würde ein Bau vollendet, der an zweckmäßiger Baugestaltung seinesgleichen sucht und für **Universität und Stadt eine Anziehung bildet**. Mit dem Abschluß dieser großen neuen Universitätsbauten ist auch der Gedanke ein für allemal erledigt, der bis in die letzten Jahre hinein noch in manchen Köpfen gespult hat, und da und dort auch in Druckschriften propagiert wurde, nämlich die Universität von Tübingen weg zu verlegen. Nachdem in den letzten Jahren so ungeheure Werte neu in Tübingen festgelegt worden sind, scheidet dieser Gedanke aus.

Wir, die Stadt Tübingen, haben in Förderung des Neubaus der Chirurgischen Klinik schon bisher wesentliche Opfer gebracht und müssen nach den getroffenen Vereinbarungen auch weiterhin Opfer bringen. Hätten wir das nicht getan, so wäre der Bau unterblieben und der Staat hätte die entsprechenden Mittel nicht in Tübingen sondern in einer anderen Stadt verbaut. Für Zwecke des Neubaus mußte ein neuer **Hauptzugangsweg zum Bau** geschaffen werden, die **Käsenbachstraße** war streckenweise bauplanmäßig auszuführen, der **Käsenbach war teilweise zu überwölben**. Die **Regenwasserableitung von der Fronsbergstraße** war durch eine große Röhrendohle zu verlegen. Das **Aushubmaterial vom Klinikbau** war vertragsmäßig abzunehmen und wurde zur Schüttung von Straßendämmen, namentlich im Ammertal, verwendet. Die **Calwerstraße** ist ortsbauplanmäßig auszuführen. Für die **Wasserversorgung** der neuen Chirurgischen Klinik, die als Hochhaus erbaut wird, erstellt die Stadtgemeinde eine **Hochzonenwasserversorgung** auf der Waldhäuser Höhe, mit welchen Arbeiten schon begonnen ist. **Nachdem so die Stadtgemeinde für die neue Klinik erhebliche Opfer gebracht hat und noch bringt, hat sie einen Anspruch darauf, daß der Neubau in einem Zuge durchgeführt wird.**

Wenn der Staat daran denken sollte, den Neubau der Chirurgischen Klinik im Rohbau stehen zu lassen, bis bessere Zeiten kommen, so darf darauf hingewiesen werden, daß eine Ueberwindung der Not unserer Zeit nicht allein von Einschränkungsmaßnahmen zu erwarten ist. Der Klinikneubau ist ein dringendes Bedürfnis nicht nur für die Universität, sondern für das ganze Land. Durch den Neubau wird in hervorragendem Maße und auf verschiedensten Gebieten, insbesondere auch für die verschiedenen Zweige des Baugewerbes, Arbeitsmöglichkeit geschaffen, woran es doch jetzt eben so sehr fehlt. Da sollte man glauben, daß in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit großer Massen Tag für Tag ungeheure Beträge verschlingt, jede Gelegenheit gerne bemüht wird, um Arbeit und Verdienst zu schaffen. Die Not der Arbeitslosigkeit kann nur durch rege Betätigung überwunden werden.

**Ein Wort in diesem Zusammenhang über die grundsätzliche Frage der Leistungen der Universitätsstadt Tübingen für die Universität.**

Gelegentlich wird darauf hingewiesen, daß andere Universitätsstädte, so namentlich Heidelberg, Freiburg, Bonn u. a. sich an den Kosten neuer Universitätskliniken durch Uebernahme eines bestimmten Teils der Reubaukosten beteiligen. Freiburg z. B. leistet dem Vernehmen nach zwei Fünftel der Kosten der neuen Universitätskliniken. Derartige Leistungen sind einer kleineren Stadt wie Tübingen einfach unmöglich. Im Rahmen dessen aber, was uns finanziell möglich ist, bringen auch wir erhebliche Opfer.

Wir haben uns fortdauernd bemüht, daß zu den verschiedenen staatlichen Bauarbeiten namentlich auch **Tübinger Arbeitskräfte** herangezogen werden. Hiemegen wurden vielfach Verhandlungen geführt.

Einen mit der Universität im Zusammenhang stehenden Neubau haben wir ebenfalls wesentlich gefördert, nämlich die **Deutsche Burse**, das Heim für Auslandsdeutsche Studenten. Das Bauareal wurde von uns zu mäßigem Preise zur Verfügung gestellt. Durch die Deutsche Burse wird auch solchen

Auslandsdeutschen das Studium in Tübingen ermöglicht, die sonst nicht hätten zu uns kommen können.

Dem weiteren besonderen Charakter Tübingens als **Beamten- und Pensionärstadt** haben wir Rechnung getragen durch **Förderung des Zuguz nach Tübingen**. In einer Zeit, in der die Wohnungszwangswirtschaft die Freizügigkeit wesentlich hemmte, haben wir uns bemüht, solchen Zuguz zu ermöglichen. Die Wohnungsmangelbestimmungen wurden in Tübingen, solange sie noch bestanden, milde gehandhabt. Es war unser Ziel, allen denen, die nach Tübingen ziehen wollten, zu beweisen, daß sie hier willkommen sind und daß wir den Wunsch haben, diese Kreise mögen sich hier wohlfühlen.

**In einer so gearteten Stadt ist selbstverständlich dem Schulwesen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.**

**Erfreulicherweise ist es uns gelungen, trotz der Schwere der Zeit unsere Schulen auf der Höhe zu halten und sie vor schädlichen Abbaumassnahmen zu schützen.** Freilich konnten wir auf der andern Seite Wünschen auf noch weitergehende Ausgestaltung des Schulwesens leider nicht Rechnung tragen. Es war uns nicht möglich, den von Elternschaft und Lehrerschaft beantragten **Ausbau der Mädchenrealschule zur Vollenstalt** vorzunehmen.

Alle unsere Schulen: **Gymnasium, Oberrealschule, Mädchenrealschule, Evangelische Volksschule, Katholische Volksschule, Gewerbeschule, Handelschule und Frauenarbeitschule** sind in bester Verfassung. Die Einführung des 8. Schuljahrs an unseren Volksschulen konnte verhältnismäßig reibungslos durchgeführt werden und hat sich bewährt.

Wir sind fortdauernd bemüht, den **Besuch unserer höheren Schulen durch auswärtige Schüler** zu erleichtern und haben zu diesem Zweck mit der Amtskörperschaft Tübingen eine Vereinbarung getroffen. Ein Teil des erhöhten Schulgebühren auswärtiger Schüler aus den Bezirksgemeinden wird von der Amtskörperschaft getragen, so daß der Unterschied im **Schulgeld** zwischen hier wohnhaften und auswärtigen Schülern nicht erheblich ist.

**Auf sonstigem kulturellem, sowie auf religiösem Gebiet** haben wir uns jederzeit bemüht, im Sinne der Pflege des sittlich Guten.

Mit der **evangelischen Kirchengemeinde Tübingen** haben wir zusammengewirkt und werden weiterhin zusammenwirken im Sinne der Erhaltung unserer **Stiftskirche**, dieses herrlichen Baudenkmals. Städtischerseits ist das Erforderliche eingeleitet, ebenso kirchlicherseits. Wir dürfen hoffen, daß es diesem verständnisvollen Zusammenwirken im Laufe der nächsten Jahre gelingt, jede Gefahr für unsere **Stiftskirche** zu beseitigen.

Bei der **Amtseinführung zweier neuernannter Geistlicher** in Tübingen, des Herrn Dekans Dr. Stadtmayer und des Herrn Stadtpfarrers Kull war die Stadtgemeinde vertreten.

Auch mit der **katholischen Pfarrgemeinde Tübingen** hatten wir vielfache Berührungspunkte. Wir sind ihr bei der Sorge um einen Bauplatz für ein später notwendiges zweites Kirchengebäude in Tübingen entgegengekommen durch Abtretung eines Areals zu mäßigem Preis.

Die **Evangelische Gemeinschaft** errichtete eine Kirche, die **Friedenskirche** in der Rümelinstraße und die **Neuapostolische Gemeinde** errichtete eine Kirche in der Brunnsstraße. In beiden Fällen war die Stadtgemeinde bei der Einweihung der Kirche vertreten und befandete ihre freudige Teilnahme.

Die **Museums-gesellschaft Tübingen** wurde von uns auch in den letzten Jahren nach Kräften gefördert, insbesondere auch durch Bürgerschaftsleistung und Darlehensgewährung.

Um auf ein anderes Gebiet der Tätigkeit des

Gemeinderats und der Stadtverwaltung überzugehen, darf berichtet werden über

**die Wohnungsfrage und Bekämpfung von Wohnungsnot.**

Vor 3 Jahren, bei der letzten Beeidigung von Gemeinderatsmitgliedern, bestand auch hier in Tübingen noch die **Zwangswirtschaft**. Es galt damals, die Voraussetzung zu schaffen für eine baldmöglichste **Aufhebung dieser Zwangswirtschaft und Aufhebung des Wohnungsamts**.

Das ist geschehen durch eine **umfangreiche Neubautätigkeit der Stadt und durch namhafte Förderung der privaten Bautätigkeit**.

Durch die Stadtgemeinde wurden Wohnungen erstellt in verschiedenen Teilen der Stadt, namentlich aber in der Schaffhausenstraße, in der Alsbachstraße und in der Pulvermühlstraße. Im Lauf der letzten 4 Jahre wurden durch die Stadtgemeinde 90 Wohnungen neu erstellt, darunter sind 70 Dreizimmerwohnungen, wovon 54 ausgestattet sind mit besonderen, bewohnbaren Schlafkammern, 16 Vierzimmerwohnungen, worunter 12 ebenfalls mit Schlafkammern und 4 Fünzimmerwohnungen. Weitere 28 Wohnungen wurden erworben durch den Kauf von Althäusern, wobei teilweise Wohnungen neu eingebaut worden sind. Es handelt sich auch hier vorwiegend um Kleinwohnungen, nämlich 10 Zweizimmerwohnungen und 13 Dreizimmerwohnungen.

Trotz dieser regen städtischen Bautätigkeit und dieser Erwerbung von Althäusern besteht heute noch ein gewisser Bedarf an Wohnungen für solche Personen, die von privaten Hausbesitzern nicht aufgenommen werden. Es muß in der Richtung noch einiges geschehen. Dem Gemeinderat wird darüber zu gegebener Zeit Vorlage gemacht werden.

Die **private Bautätigkeit** wird in Tübingen in jeder Weise gefördert. Bei der baupolizeilichen Behandlung von Baugesuchen wird rasch und entgegenkommend verfahren. Durch die Stadt wurde **Siedlungsgelände für Kleinsiedlungen erschlossen**, so namentlich in der Dürrstraße, in der Mathildenstraße, Jahnstraße und Bölderweg, ferner Gösstraße und verschiedene Straßen im Ammertal.

In **Privatbauten** wurden in den letzten 4 Jahren 381 neue Wohnungen bezugsfertig, eine sehr erfreuliche Zahl. Die Stadtgemeinde förderte diese lebhafteste private Bautätigkeit in verschiedenen Fällen auch durch Bürgerschaftsleistung, ferner durch verbilligte Abgabe von Baugelände.

So waren im Laufe der Zeit die Voraussetzungen geschaffen für eine möglichste Lockerung und Aufhebung der **Zwangswirtschaft** und es war uns möglich, das **Wohnungsamt** aufzuheben.

Eng verbunden mit diesen Fragen ist die **Gestaltung des Ortsbauplans**.

Beschluß konnte gefaßt werden in folgenden Fällen: **Osterberggelände, Höhengelände nördlich und nordwestlich der Wilhelmsvorstadt, Höhengelände des Föhrberggebiets, Ammertalgebiets, Ortsbauplan des Schloßbergs, gemeinsamer Ortsbauplan mit der Gemeinde Lustnau in der unteren und verlängerten Gartenstraße, Ortsbauplan in der Gegend der Waldhäuser Straße.**

In **Ortsbauplanfragen** arbeitet die Stadtgemeinde Tübingen zusammen mit der Bauplanberatungsstelle der Hochbauabteilung des Innenministeriums. Vertlich werden die Ortsbauplanfragen behandelt durch das Stadtvermessungsamt unter gleichberechtigter Mitwirkung des Tiefbauamts und des Hochbauamts.

In verschiedenen Fällen wurden auch **Baulandumlegungen** vorgenommen.

**Auf dem Gebiet der Sicherheit**

hat die Stadtgemeinde zu betreiben vor allem das **Feuerlöschwesen**.

Da die Verhältnisse bezüglich der Unterbringung der wertvollen und wichtigen Feuerwehrräte mehr und mehr unhaltbar geworden waren, wurde



ein neues Feuerwehrhaus auf dem Kelterplatz erstellt und 1930 in Benutzung genommen. Um die Feuerwehr bestmöglichst auszurüsten, wurde eine neue Motorspritze beschafft, ebenso eine Kleinmotorspritze.

Die Feuermeldeanlagen wurden erweitert. Auf dem Rathaus wurde eine neue Brandalarmanlage angebracht, da sich herausgestellt hatte, daß die bisherigen Anlagen im Ernstfall nicht ganz genügten.

#### Auf hygienischem Gebiet

ist hinzuweisen vor allem auf die unablässigen Bemühungen der Stadt um Weiterführung und Ausbau der Schwemmanalysation. Diese Bemühungen hatten insofern Erfolg, als es gelungen ist, die Ausdehnung der Schwemmanalysation zu erleichtern durch Fertigstellung der schwierigen Ortsbauaufgabe über die Schwemmanalysation.

Sodann konnten nach langen, schwierigen Verhandlungen weitere wesentliche Teile der Stadt an die Schwemmanalysation angeschlossen werden: Wilhelmstraße, Brunnenstraße, Desterberggebiet, Hindenburgplatz, Neue Straße, Holzmarkt, Kronenstraße bis zum Faulen Eck.

Die Weiterführung der Schwemmanalysation bis ins Innere der Stadt war sehr erwünscht.

Auf diesem Gebiet stehen aber der Stadtverwaltung noch große Aufgaben bevor. Doch können diese selbstverständlich nur nach Maßgabe der finanziellen Leistungsfähigkeit erfüllt werden.

Im übrigen wurde eine Reihe von Straßen neu kanalisiert, so namentlich die Albrechtstraße, Soldatenstraße, Völklerweg, Liffstraße, Friedrich Ebertstraße, Herrenberger Vorstadt, Schlachthausstraße, Dürrstraße, Herrenberger Straße, Gösstraße, Alsbachstraße, Madenstraße, Silberstraße, Breuningstraße, Dürrstraße, Freiaderstraße, Wächterstraße, Eßlinger Straße, Schleifmühlweg, Weizsäckerstraße.

In verschiedenen Gegenden wurde für eine Verbesserung der Tagwasserabfuhr gesorgt, so namentlich in der Heulandsteige und im Hadersteigle.

Das Latrinewesen wurde verbessert durch Neubeschaffung einer Entleerungsmaschine. In der Wilhelmstraße wurde eine Bedürfnisanstalt errichtet, nachdem mit der Museums-Gesellschaft wegen des Areals eine Verständigung erzielt war.

Soweit es am Gemeinderat und der Stadtverwaltung lag, wurden die gesundheitlichen Einrichtungen der Stadt verbessert.

Der Bekämpfung der Staubplage widmet die Stadt volle Aufmerksamkeit durch regelmäßiges Leeren der Straßenoberflächen, durch regelmäßige Straßenreinigung, durch Besprengen der Straßen bei großer Hitze usw.

Eine planmäßige Straßenpflege will die Grundlagen schaffen für Ordnung und Sauberkeit im Außenbereich der Stadt. Die Müllabfuhr erfolgt zum Teil in städtischer Regie, zum Teil aber ist sie verpachtet an Fuhrunternehmer.

Die Badegelegenheit im Ahlandbad wurde verbessert und erweitert durch den Einbau weiterer Kabinen und in den oberen Anlagen wurde im Neckar unter erheblichen Opfern ein Freischwimmbad geschaffen.

#### Der körperlichen Erfrischung,

namentlich der Jugend, wird gedient durch die Förderung von Sport und Turnen. Wohl alle in Frage kommenden Vereinigungen wurden im Laufe der letzten Jahre irgendwie durch die Stadtgemeinde speziell gefördert.

Erst in den allerletzten Tagen hat der Gemeinderat erneut seine dem Turnen und Sport freundliche Einstellung bekundet durch Uebernahme städtischer Leistungen, die das Landestreffen der Deutschen Turnerschaft, Kreis Schwaben, im Jahr 1932 in Tübingen ermöglichen sollen.

Für Zwecke des Eislaufsports wurden Vereinbarungen getroffen mit dem Tennisklub, ferner mit

der Schützengesellschaft Tübingen. Es ist dadurch Vorsorge getroffen, daß, wenn irgend möglich, im Winter in Tübingen Eislaufgelegenheit besteht.

#### Der Trinkwasserversorgung

unserer Stadt wurde in den letzten Jahren besonders viel Arbeit und Aufwand gewidmet. Die Wassergewinnungsstellen wurden vermehrt durch Schaffung zweier neuer Tiefenbrunnen in den oberen Anlagen, dem Lindenbrunnen und dem Wildermuthbrunnen, ferner durch Schaffung zweier weiterer Tiefenbrunnen in der Au. Es wurde das ganze Neckartal von der Lustnauer Markungsgrenze bis weit hinauf gegen Kilsberg durch Versuchsbunnen planmäßig abgetastet unter Zuziehung von Geologen. Das Ergebnis dieser jahrelangen unablässigen Bemühungen ist nun eine solche Erweiterung der Trinkwassergewinnungsstellen in Tübingen, daß wir nach menschlicher Berechnung auf Jahrzehnte hinaus auch in trockenen Jahrgängen dem Wasserbedürfnis unserer Stadt, selbst bei wesentlicher Zunahme der Bevölkerung, noch genügen können. Unser Wasser ist zwar etwas hart, aber es ist absolut einwandfrei und wird in regelmäßigen Abständen chemisch untersucht. Wenn man sich gegenwärtig, daß noch vor einigen Jahren in heißen Sommern die Wasserlieferung teilweise beschränkt werden mußte, so ist diese in planmäßiger, unablässiger Arbeit geschaffene Ausdehnung besonders zu würdigen.

Aber außer der Schaffung weiterer Wassergewinnungsstellen sind sonstige wesentliche Baumaßnahmen getroffen worden, so vor allem der Bau des Gegenbeckens Grafenhalde mit Druck- und Versorgungsleitung in der Herrenberger- und Frondsbergstraße, Schaffung einer neuen Hauptleitung über den Schloßberg, Erneuerung der Hauptleitung in der inneren Neckarhalde, in der Wilhelmstraße, Silberstraße und Kümelinstraße usw. Dazu kommt die stetige Ausdehnung des Wasserversorgungsnetzes in den vielen neuen Straßen, die in den letzten Jahren angelegt worden sind.

Die Wasserversorgung der Universitätskliniken wurde wesentlich verbessert durch Erweiterung der Hauptleitung. Für die Zwecke der neuen Chirurgischen Klinik, aber auch für die Zwecke der Erschließung weiterer Außengebiete ist die Schaffung einer neuen Hochzone, der Waldhäuser Hochzone im Gang, was ja schon berührt ist.

Der

#### Gasversorgung der Stadt

wendete der Gemeinderat dauernd größte Aufmerksamkeit zu. Es wurden weitere Oefen erneuert. Das Gaswerk wurde technisch auf der Höhe gehalten. In verschiedenen Straßen wurden neue Gasleitungen gelegt. Alle neuen Straßen wurden an die Gasleitung angeschlossen. Mit der Gemeinde Lustnau wurde eine Vereinbarung getroffen über die Lieferung von Gas. Nach Durchführung der entsprechenden Bauarbeiten wurde diese Gaslieferung aufgenommen.

#### Die Elektrizitätsversorgung der Stadt

wurde durch den Gemeinderat ebenfalls in jeder Weise gefördert. Unsere Primäranlagen im Zentralwerk Grabenstraße sowohl als im Werk Gartenstraße wurden erweitert, um die Sicherheit der Betriebsführung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wurden neue, weitere Oelmaschinen (Dieselmotore) aufgestellt, die Umformmaschinen wurden erweitert und erneuert, es wurden neue Transformatorstationen in den verschiedensten Teilen der Stadt geschaffen, es wurden neue Kabel gelegt und es wurde das Leitungsnetz unablässig nach allen Seiten ausgedehnt. Der Betrieb wird derzeit rationalisiert durch Schaffung einheitlicher, leicht übersehbarer Magazinsanlagen und durch Zusammenlegung aller Diensträume der Verwaltung des Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerks.

Das 1928 beschlossene, gemeinsam mit der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg zu je gleichen

Teilen durchgeführte neue Kraftwerk Tübingen—Herrenberg oberhalb unserer Stadt ist vollendet und wurde im Vorjahr in Betrieb genommen.

Die Betriebsergebnisse übertreffen die seinerzeitigen Erwartungen. Das Werk ist in jeder Weise technisch einwandfrei erstellt und funktioniert untadelhaft. Vor der Erstellung des Werkes wurden namhafte Sachverständige um Gutachten gebeten, die zu dem Unternehmen, das dann vom Gemeinderat einstimmig beschlossen worden ist, zugeraten haben. Während der Voranschlag des Wertes auf 1 900 000 Mark bemessen war, sind die tatsächlichen Baukosten samt Grunderwerb auf 2 580 000 Mark zu stehen gekommen. Ueber die Gründe dieser Ueberschreitung des Voranschlages wurde dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit am 6. Juli 1931 eingehend Bericht erstattet und es wurde diese Ueberschreitung in allen ihren Einzelheiten nachgewiesen und begründet. Ich darf ganz kurz aus den dortigen Verhandlungen wiederholen, daß die Grunderwerbung umfangreicher war als ursprünglich vorgesehen, daß die Akkordsumme der Tiefbauunternehmer höher war, daß sich Mehraufwendungen ergeben haben für die Verstärkung der Fundamente und die Ausdehnung des Uferstuhles für den Oberkanal, für die Kraftstation, die die maschinelle Einrichtung, für Vergrößerung des Wärterhauses usw. 60 000 Mark der Ueberschreitung entfallen auf die Kosten der Planbearbeitung und Bauleitung. Hierfür wurden von dem neuen Unternehmen in die Stadtkasse 64 000 Mark ersetzt. Die ganze Ueberschreitung in Höhe von 680 000 Mark ist restlos aufgeklärt. Die Bauabrechnung wurde von dem zuständigen Aufsichtsorgan des Kraftwerks Tübingen—Herrenberg, dem Aufsichtsrat, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg und der Stadtgemeinde Tübingen zusammensetzt, eingehend geprüft und sodann anerkannt. Dasselbe ist geschehen durch den Gemeinderat Tübingen und durch die Organe der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg. Das neue Werk ist bei der Prüfung durch die Aufsichtsbehörde, insbesondere bei der technischen Prüfung durch die Sachverständigen der Regierung sehr günstig beurteilt worden. Der Ausführung wurde dabei von den Technikern der Regierung durchaus Lob gezollt.

Die neue Anlage ist leistungsfähiger, als das im seinerzeitigen Voranschlag vorgesehene worden ist. Die teurer gewordene Anlage produziert besser und rationeller als das ursprünglich im Voranschlag vorgesehene war, so daß dem Mehraufwand an Baukosten auch ein Mehrertrag gegenübersteht.

Der Bau des neuen Werkes hat der Stadtgemeinde Tübingen aber auch Vorteile auf anderem Gebiet gebracht.

In Verbindung mit dem neuen Werk wurde von der E.K.H. in Herrenberg auf ihre alleinige Kosten ein Umspannwerk gebaut. In diesem Werk wird der für die Zwecke der E.K.H. bezogene Fremdstrom umgeformt, verarbeitet und weitergeleitet. Dieses Umspannwerk der E.K.H. hat eine erhebliche Bedeutung nicht nur für die E.K.H., sondern auch für die Elektrizitätswirtschaft der Stadtgemeinde Tübingen, denn dieses Umspannwerk ist ein Stütz- und Verteilungspunkt von weittragender Bedeutung und ist außerdem für die Stadtgemeinde Tübingen ein Steuerobjekt mit einem angemessenen Gewerbesteuerertrag. Dazu kommt, daß infolge des Vorhandenseins dieses Umspannwerks der E.K.H. durch die Württ. Landeselektrizitätsgesellschaft (W.L.E.G.) auf dem Gebiet unseres neuen Kraftwerks Tübingen—Herrenberg ein Freiluft-Umspannwerk errichtet worden ist, das uns in den Zusammenhang bringt mit den großen Elektrizitätsstraßen des Landes, dies ist eine weitere Verbesserung und Garantie für unsere Tübinger Elektrizitätswirtschaft.

In diesem Zusammenhang darf hingewiesen werden auf eine vertragsmäßige Abmachung mit der W.L.E.G., wodurch uns für die Zukunft gewisse Garantien gegeben worden sind.

Was nun die Kosten des Stroms anbelangt, den wir in der neu erbauten Anlage des Kraftwerks Tübingen—Herrenberg herstellen und von dort beziehen, so sind diese Kosten nicht höher als die Kosten von Fremdstrom. Wir würden also nicht billiger fahren, wenn wir diese Neuanlage nicht erstellt hätten; im Gegenteil hätten wir alsdann für den Fremdstrombezug eher höhere Kosten.

Was den Verbrauch und Abfuß an elektrischer Energie anbelangt, so wurde an Lichtstrom abgegeben im Rechnungsjahr

1928/1929	1 054 923 Kwst. mit einem Erlös von 462 419.43 Mark;
1929/1930	1 121 729 Kwst. mit einem Erlös von 515 347.31 Mark;
1930/1931	1 179 108 Kwst. mit einem Erlös von 533 026.50 Mark.

Für die elektrische Straßenbeleuchtung einschließlich Beleuchtung der Feuerwehler wurden verwendet

1928/1929	156 282 Kwst.
1929/1930	176 536 Kwst.
1930/1931	220 546 Kwst.

An Kraftstrom wurden abgegeben einschließlich aller Großabnehmer

1928/1929	3 305 147 Kwst. mit einem Erlös von 366 293.71 Mark;
1929/1930	3 094 172 Kwst. mit einem Erlös von 368 293.39 Mark;
1930/1931	3 201 340 Kwst. mit einem Erlös von 374 385.91 Mark.

Infolge der schlechten Wirtschaftslage ist für das laufende Geschäftsjahr mit einem Rückgang des Verbrauchs zu rechnen.

Was den Tarif unseres Elektrizitätswerks anbelangt, so ist unser Krafttarif einzureihen unter die niedrigsten Tarife des Landes.

Bezüglich des Lichtstromtarifs besteht in den verschiedensten Werken eine sehr verschiedenartige Gestaltung. Unser Lichtstromtarif gehört zu den durchsichtigsten des Landes, denn wir haben einen Kilowattstunden-Tarif von 48  $\text{J}$ , wobei aber nach einem Sonderverfahren für Mehrverbraucher im vorigen Jahr beachtliche Erleichterungen eingeführt worden sind. Auf meine Veranlassung wurde von der Direktion unseres Elektrizitätswerks eine Umrechnung vorgenommen der verschiedenartigen Tarife der Deutschen Elektrizitätswerke unter Anwendung auf unsere Verhältnisse. In vielen Werken besteht für jeden Abnehmer eine Grundgebühr, die der Abnehmer unter allen Umständen bezahlen muß, gleichviel ob er viel oder wenig elektrisches Licht abnimmt. Neben dieser Grundgebühr besteht in der Regel noch eine Arbeitsgebühr für jede abgegebene Kwst. elektrisches Licht, welche Gebühr als eine Ergänzung der Grundgebühr naturgemäß nieder sein kann.

Die Berechnung hat ergeben, daß 16,1 % aller Deutschen Elektrizitätswerke höhere Strompreise haben als Tübingen, daß 32,9 % aller Werke die gleichen Grundstrompreise haben, daß aber 51 % aller Werke niedrigere Grundstrompreise haben als Tübingen.

Unser Tarif wirkt sich namentlich für die kleinen und kleinsten Abnehmer außerordentlich günstig aus. Damit alle Selbstkosten des Elektrizitätswerks gedeckt werden können, ist eine Jahresabnahme von mindestens 70 bis 90 Kwst. notwendig, mit einem jährlichen Erlös von 30 bis 35 RM. Etwa 1600 an unser Netz angeschlossene Teilnehmer haben aber einen geringeren Jahresverbrauch. Das Werk hat also bei dieser großen Zahl von Teilnehmern nicht nur keinen Gewinn, sondern es legt in jedem dieser 1600 Fälle noch Geld zu. Dieser Tatsache haben andere Werke vielfach vorgebeugt durch Einführung einer Grundgebühr, wozu für jeden einzelnen Anschluß ein bestimmter Jahresbetrag entrichtet werden muß, ohne Rücksicht darauf, wie groß der Verbrauch ist. Meist wird dieser Grund-

tarif abgestuft nach der Zahl der in der Wohnung vorhandenen Räume.

Wir in Tübingen haben aus sozialen Gründen, aus Rücksicht auf die kleinen und kleinsten, zumeist auch finanziell schwächsten Abnehmer bisher von Einführung einer Grundgebühr abgesehen. Ich persönlich möchte wünschen, daß wir auch künftig dazu nicht genötigt werden. Allein ein Festhalten an diesem System darf nicht zur offensichtlichen Ungerechtigkeit gegen größere Abnehmer führen, die naturgemäß in ihrem Tarif zugleich auch den Verlust decken müssen, der dem Werk durch die Belieferung der kleinen und kleinsten Abnehmer entsteht.

Eine der ersten Aufgaben des neuen Gemeinderats wird es sein, eine Reform unserer Lichttarife durchzuführen.

Es ist meine Absicht, dem Gemeinderat vorzuschlagen, mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an den Lichttarif so zu senken, daß die gesamten Ersparnisse, die wir in der Betriebsführung unseres Elektrizitätswerks machen können, also Ersparnisse an Gehältern, an Löhnen, an Zinsen, an Materialpreisen usw. unter Berücksichtigung der im März 1931 durchgeführten Reform restlos unseren Abnehmern zugute kommen. Auf Einzelheiten möchte ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen, zumal die endgültige Beratung im Gemeinderatskollegium bevorsteht.

#### Nun zu einem anderen Gebiet, dem des Straßenwesens.

Diesem Gebiet wendete der Gemeinderat ebenfalls seine volle Aufmerksamkeit zu, wovon Zeugnis ablegt die Fülle neuer Straßen, die in den letzten Jahren gebaut worden sind. Es darf hingewiesen werden auf die Westbahnhofsstraße, die Rheinlandstraße, die Dürrstraße, Brunnenstraße, Melanchthonstraße, Brunsstraße, Albrechtstraße, Jahnstraße, Böllterweg, Solldenstraße, Kiemeyerstraße, Brückenstraße, Derendingerstraße, Militärstraße, Madensenstraße, Breuningstraße, Wächterstraße, Weiszfäckerstraße, Freiackerstraße, Mathildenstraße, Aischbachstraße und viele andere. Im Bau ist zurzeit die neue Waldhäuserstraße. Die Waldhäuser Klinge wurde abgedohlt und wird im Laufe der nächsten Jahre aufgefüllt. Bestehende Straßen wurden verschiedentlich verbessert, so namentlich die Wilhelmstraße, die Derendinger Straße und andere. Der Hindenburgplatz konnte Dank einer Verständigung mit Herrn Dr. Zipperlin als Hauseigentümer ebenfalls ausgestaltet werden und hat dadurch gewonnen. In anderen Straßen wurden Veränderungen getroffen durch Nichterneuerung des Baumfases, so namentlich in der Christoffstraße, in der Nauker-, Melanchthon- und Wohlstraße, wodurch die Stadtgemeinde einem dringenden Wunsch der Anlieger entgegengekommen ist. In noch anderen Fällen wurden bestehende Straßenpflasterungen erneuert.

Eine gute Straßenreinigung ist fortwährend ein großes Anliegen des Gemeinderats gewesen, erfordert selbstverständlich aber erhebliche Mittel, ebenso wie die Bekämpfung der Stauanlage und die ausgedehnte Teerung unserer Straßen.

Der Verbesserung von Gehwegen und Randsteinen wurde fortwährend größte Aufmerksamkeit geschenkt. Im Frühjahr, Ende Mai und Anfang Juni wurde an Straßen und Wegen durch Hochwasser und Haeschlag schwerer Schaden angerichtet. Diese Schäden wurden sofort behoben.

Einen Bestandteil der Straßenpflege bildet die Müllbeseitigung, die teilweise im Akkord, teilweise in städtischer Regie erfolgt. Im Westen der Stadt, im Ammertal, konnte ein neuer, die Entwicklung der Stadt nicht hemmender Müllplatz angelegt und der alte Müllplatz verlassen werden.

Die Straßenbeleuchtung, ein wesentlicher Teil der Sorge für das Straßenwesen, wurde planmäßig verbessert.

In verschiedenen Fällen mußten in letzter Zeit Stühlmauern, die in Unterhaltung der Stadt stehen und im Laufe der Zeit Schaden gelitten hat-

ten, erneuert werden, so namentlich eine Stühlmauer am Burgholzweg und die Stadtmauer im Zwinger an zwei Stellen.

Auf

#### Flußbauten

verschiedener Art hatte die Stadtgemeinde in den letzten Jahren ganz erhebliche Aufwendungen. Es ist gelungen, den Neckar oberhalb Tübingens nun ganz zu korrigieren, was einem dringenden Bedürfnis entsprochen hat. Der Zustand war im Laufe der Zeit absolut unmöglich und unhaltbar geworden. Auch auf Steinlach und Ammer sowie auf andere Bachläufe waren dauernd Aufwendungen zu machen.

Ein Wort darf in diesem Zusammenhang gewidmet werden der

#### Kiesbaggerei im Neckar.

Durch die Entwicklung der Verhältnisse war die Baggerei oberhalb der Stadt unmöglich geworden. So mußte leider der rentable städtische Kiesbaggereibetrieb aufgegeben werden. Dagegen ergab sich im laufenden Jahr die Möglichkeit, unterhalb des Stauwerks Gartenstraße Kies zu gewinnen. Mit einem privaten Unternehmer wurden in dieser Richtung die entsprechenden Vereinbarungen getroffen.

Verschiedenfach wurde im Gemeinderat behandelt die Frage der

#### städtischen Regiebetriebe.

Wir haben solche in der Form unseres Gaswerks und Elektrizitätswerks, sowie zum Teil für den der Straßenunterhaltung dienenden Fuhrbetrieb. In Regie führten wir und führen wir auch derzeit noch Straßenbau- und sonstige Tiefbauarbeiten aus, um die Wohlfahrtserwerbslosen beschäftigen zu können. Wir sind aber dauernd bemüht, das selbständige Gewerbe heranzuziehen und haben zum Beispiel sowohl beim Gaswerk als beim Elektrizitätswerk eine solche Regelung getroffen, daß das freie Gewerbe durchaus zu seinem Recht kommt. Auch beim Fuhrwesen für Zwecke der Straßenunterhaltung haben wir dasselbe Ziel. Wo immer möglich, beschäftigen wir das freie Fuhrgewerbe, insbesondere auch das Pferdefuhrgewerbe. Ganz ohne eigene Fuhrreinrichtungen ist aber eine geordnete städtische Straßenunterhaltung und Straßenpflege unmöglich. Mit dem Nachlassen unserer wirtschaftlichen Kraft und mit dem Nachlassen im Bau neuer Straßen wird auch eine weitere Einschränkung des städtischen Kraftfuhrwesens Hand in Hand gehen.

#### Das städtische Vergebungswesen

stand vielfach im Mittelpunkt der Erörterung. Der Gemeinderat hat nicht, wie das irrtümlich da und dort angenommen wird, den Grundsatz, die Arbeit jeweils schlechthin dem billigsten Bieter zu übertragen, sondern hat den Grundsatz, daß den Zuschlag erhalten soll eine solche Unternehmerpersönlichkeit, die volle Gewähr für tadellose Arbeit bietet. Bei mehreren an sich gleiche Gewähr bietenden Offerten wird das billigste vorgezogen. Auf dem außerordentlich schwierigen und umstrittenen Gebiet des öffentlichen Vergebungswesens werden trotz größten Wohlwollens und größten Verständnisses für die beteiligten Kreise, wie dies beim Gemeinderat Tübingen vorhanden ist, immer wieder unerfüllte Wünsche bestehen. Aber an dem ehrlichen Willen, das Vergebungswesen gerecht, entgegenkommend und verständnisvoll zu handhaben, hat es dem Gemeinderat nicht gefehlt und wird es ihm, das bin ich sicher, auch künftig nicht fehlen.

Ein weiteres, wichtiges Gebiet der städtischen Verwaltung ist das der

#### Wohlfahrtspflege.

Die Wohlfahrtslasten haben sich im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr ganz wesentlich erhöht und der von der Stadtkasse zu deckende Abmangel des Wohlfahrtsamts ist gegenüber dem Vorjahr um das Doppelte gestiegen, nämlich von 53 000 Mark auf 103 000 Mark bei einer Gesamtsumme der Wohlfahrtslasten von 223 000 Mark. Die Zahl der

Erwerbslosen, namentlich auch der Wohlfahrtserwerbslosen, steigt dauernd. Der städtische Aufwand auf diese Not und Sorge wird sich künftig noch erheblich vermehren.

Der Gemeinderat hat stets den Grundsatz betätigt, die ausgesteuerten und nun in die Fürsorge des Wohlfahrtsamts übergegangenen Erwerbslosen, die sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen, zu beschäftigen bei angemessenen Löhnen. Dies ist und bleibt naturgemäß die beste Fürsorge. Durch Zuhilfenahme von Reserven, welche wir in Gedanken an kommende Notzeiten in den letzten Jahren schaffen konnten, ist es uns möglich gewesen, eine große Zahl von Unternehmungen durchzuführen, bei denen ein wesentlicher Zweck auch der war, ausgesteuerte Arbeitslose zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang darf an folgende Unternehmungen erinnert werden, die ausschließlich unter Verwendung von Wohlfahrtserwerbslosen durchgeführt worden sind:

Korrektion des Neckars oberhalb Tübingens und außerdem Befestigung der Uferanlagen zu beiden Seiten des Neckars,

Weiterführung des Fußwegs am rechten Neckarufer bis zur Weißeimer Brücke,

Arbeiten im Redarfreibad,

Verbesserungen an der Hirschauerstraße,

Instandsetzung des städtischen Platzes links der Hirschauerstraße,

Instandsetzung des linken Redarufers in der Nähe des Anwesens Redarhalde 25,

Erneuerung der Zwingermauer südlich der Redarhalde an zwei Stellen,

Ausbau von Straßen im Ammertal: Dürrstraße, Jägerstraße, Freiackerstraße, Aischbachstraße,

Teilarbeiten an der Calwerstraße,

Gehweg in der inneren Westbahnhofsstraße,

Bau einer neuen Stühlmauer am Burgholzweg,

Gehwegherstellung in der inneren Herrenbergerstraße,

Entwässerung des Aischbachgrabens nach der Ammer,

Kanalisation im Schleifmühlweg beim Westbahnhof,

Abwasserkanal in der Breuningstraße,

Kanalisation, Gas- und Wasserleitung in der Eßlingerstraße,

Ausbau der Derendingerstraße bei der Markungsgrenze,

Ausbau der Madensenstraße bis zur Linsingenstraße,

Ausbau der Militärstraße zwischen der Breuningstraße und der Derendingerstraße,

Ausbauarbeiten in der Breuningstraße,

Gehweginstandsetzung in der Christoffstraße,

Verlängerung der Kanalisation, der Gas- und Wasserleitung in der Steinlachstraße und in der Friedrich Ebertstraße,

Ortsbauplanmäßige Ausführun- der Mathildenstraße von der Katharinenstraße bis zur Falkenhäuserstraße,

Straßenausbauten beim Redarkraftwerk an der Gartenstraße, insbesondere Kiemeyerstraße und Brückenstraße,

Fertigstellung der Schaffhausenstraße,

Herstellung eines neuen Schauplatzes am oberen Ende der Lindenallee,

Randelung und Straßenverbesserung in der Albrechtstraße, Solldenstraße, Jahnstraße und Böllterweg,

Umbau der Wilhelmstraße,

Kanalisation der Wächterstraße,

Ausbau der Brunsstraße von der Waldhäuserstraße bis zur Melanchthonstraße,

Chaussierung des hinteren Totengartenwegs,

Gehweginstandsetzung Naukerstraße, Melanchthonstraße und Wohlstraße,

Bauliche Veränderungen am Hadersteigle,

Verbesserung der Naukerstraße beim Reibold'schen Anwesen,

Gasleitungen in der Naukerstraße,

Kanalisation, Gas- und Wasserleitung in der Weiszfäcker- und Wächterstraße,

Betonstühlmauer in der Täglesklinge,

Schwemmkanalisation im Mittelgebiet der Stadt, Ausgestaltung des Hindenburgplatzes Ecke Mühl- und Pfleghofstraße,

Verbesserung eines Wassergrabens im Elysium,

Arbeiten im Stadtwald und Spitalwald,

Veränderung einer Trinkwasserleitung am rechten Desterberg bei der Nägelestraße,

Herstellung einer Uebereichleitung bei der Brunnenstube im Ehlingsloß,

Veränderungen der Waldhäuser Klinge.

Zur Zeit ist in Arbeit der Ausbau der Straße im Waldhäuser Gebiet und ein Teil der Hochzonenwasser Versorgung Waldhäusern.

Zu diesen vielen außerordentlichen Arbeiten, deren Kosten in viele Hunderttausende gehen, sind wir ohne Erhöhung der steuerlichen Belastung der Einwohnerschaft in der Lage gewesen, weil der Gemeinderat eine vorausschauende Finanzpolitik getrieben hat. Jetzt aber werden wir wohl kaum mehr in der Lage sein, solche außerordentliche Unternehmungen durchzuführen und so wird Tübingen künftig das gleiche Schicksal haben wie alle anderen Städte Deutschlands, nämlich in anderer Weise für die Wohlfahrtserwerbslosen sorgen zu müssen.

Auf einen Zweig der allgemeinen Fürsorge, die Wohnungsfürsorge, habe ich in anderem Zusammenhang hingewiesen. Dabei gilt es insbesondere auch, die Verhältnisse im Gutleuthaus zu bessern und das Hintergebäude des Gutleuthauses freizumachen für die allgemeine Zweck des Gutleuthauses.

Noch sei hingewiesen auf die vom Gemeinderat beschlossene umfassende

#### städtische Winternothilfe.

zu der erfreulicherweise sehr beachtenswerte und dankenswerte Gaben aus allen Kreisen der Bevölkerung gesendet worden sind.

Außer diesen Aufgaben hat der Gemeinderat eine Reihe weiterer Aufgaben behandelt und erledigt.

Auf dem Gebiet der

#### allgemeinen Verwaltung

war es insbesondere die Neufassung der ortspolizeilichen Vorschriften, die nach eingehender Vorbehandlung mit der Polizeidirektion in einer Reihe von Sitzungen vom Gemeinderat erledigt worden ist.

Sodann wurde das Kraftdrotschkenwesen neu geordnet, insbesondere hinsichtlich der Zulassung von Kraftdrotschken zur Aufstellung auf öffentlichen Straßen.

Das Dienstmannwesen wurde im Einvernehmen mit der Reichsbahnverwaltung und der Polizeidirektion geordnet.

#### Auf dem weitverzweigten Gebiet des Verkehrswesens

war der Gemeinderat ebenfalls tätig. Durch Unterstützung des Bürger- und Verkehrsvereins, der sich die Verkehrsverbesserungen und Verkehrswerbung zur besonderen Aufgabe gemacht hat und diese Aufgabe mit Geschick und Hingabe erfüllt, wurde auf diesem Gebiet vieles erreicht. Mit Genugtuung ist hier insbesondere auch die Neuherausgabe eines Führers durch Tübingen zu erwähnen.

Auch der Eisenbahnverkehr wurde vom Gemeinderat zu verbessern gesucht durch die Unterstützung entsprechender Anregung im Rahmen der Handelskammer. Es ist gelungen, den Postkraftwagenverkehr Stuttgart-Tübingen wesentlich zu verbessern.

Die neue Kraftwagenlinie, Nagold-Tübingen wurde vom Gemeinderat von Anfang an gefördert. Diese Linie hat sich erfreulich entwickelt.

Auf dem Gebiet des Kraftwagenverkehrs suchte der Gemeinderat durch Festsetzung einer Höchstgeschwindigkeit den Bedürfnissen der allgemeinen Sicherheit wie speziell auch den Bedürfnissen der Besitzer solcher Gebäude, die durch die mit dem Last-

kraftwagenverkehr verbundene Erschütterung leiden, gerecht zu werden.

Die Erhaltung und Pflege und womöglich Mehrung der Schönheit unseres

#### Stadt- und Landschaftsbildes

wurde vom Gemeinderat sorgfältig betreut. Erfreulicherweise ist es gelungen, allgemein anerkannte Richtlinien aufzustellen, über die Farbengebung der Häuserzeile am Neckar. Unsere Anlagen und Alleen fanden fortdauernd größte Aufmerksamkeit und es wurde alles getan, um im Gebiet unserer Anlagen und Alleen dem Publikum Stätten zu schaffen wirklicher Erholung und unge störten Naturgenusses. Wo immer möglich und tunlich, werden auch sonst Bäume gepflanzt, Schutzgehölze angelegt und Erholungsstätten geschaffen. Leider aber hat auf diesem Gebiet roher Vandalismus vielfach die hingebende und aufbauende Tätigkeit zu beeinträchtigen, ja zu zerstören gesucht.

Auf

#### wirtschaftlichem Gebiet

darf sodann noch hingewiesen werden auf die leider erfolglosen Bemühungen um Ansiedlung neuer, weiterer Industrie. Die bestehende Industrie wurde, soweit das in der Möglichkeit der Stadtverwaltung lag, gefördert, aber die Ansiedlung neuer Industrie ist nicht gelungen und wird so, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben, wohl auch künftig schwerlich gelingen. Selbstverständlich sollte dadurch in keiner Weise der landschaftlichen Schönheit Tübingens Abbruch getan werden, aber wir haben weite Gebiete im Neckartal und im Ammertal, die sich sehr wohl für Industrieansiedlung eignen würden.

Auch in

Förderung der Interessen von Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft und Arbeiterschaft hat der Gemeinderat das Möglichste getan.

Uebergend zu der städtischen Verwaltung im engeren Sinn darf ich ein Wort sagen

#### zur städtischen Bodenpolitik.

Der Gemeinderat hat den Grundsatz, voraus schauend Areal zu erwerben, um es in gegebener Zeit baureif zu machen und zu angemessenem Preise, möglichst billig, der Ueberbauung zuzuführen. In den letzten 3 Jahren, seit der letzten Beidigung neu eintretender Gemeinderatsmitglieder, sind Grundstücke erworben worden im Flächengehalt von 16 ha 30 ar 14 qm, wogegen Grundstücke veräußert worden sind, insbesondere für Bauzwecke, im Maßgehalt von 3 ha 33 ar 65 qm. Der städtische Grundbesitz hat sich also um 12 ha 96 ar 49 qm gemehrt. In dieser Zeit wurden auch verschiedene Gebäude erworben zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und es konnte in der allerletzten Zeit durch Erwerbung des Anwesens zur Silberburg auf dem Marktplatz Vorkehr getroffen werden für künftige Bedürfnisse und es konnte damit zugleich der hiesigen Geschäftswelt eine Sorge abgenommen werden bezüglich einer sonst in Aussicht zu nehmenden unsachlichen Konkurrenz.

Was

#### das Haushalt- und Steuerwesen

unserer Stadt anbelangt, so sind unsere Finanzen geordnet. Der Haushaltsplan wurde schon im März ds. Js. verabschiedet und von der Regierung anstandslos genehmigt. Unsere Gemeindeumlage mit 20 Prozent übersteigt den Landesdurchschnitt, der 19 Prozent beträgt, nur ganz unwesentlich. Dabei darf hervorgehoben werden, daß Tübingen ein außerordentlich schwaches Steuerkataster hat. Unser Steuerkataster mit rund 3 000 000 M steht tief unter demjenigen der kleineren Stadt Heidenheim mit 4 700 000 M, der kleineren Stadt Schweningen mit 3 700 000 M, der kleineren Stadt Tübingen mit 3 200 000 M und der um 8000 Einwohner kleineren Stadt Geislingen mit 3 100 000 M und tief unter der nur 12 000 Einwohner zählenden Stadt Ebingen mit einem Steuerkataster von 3 600 000 M. Dabei haben diese anderen Städte, abgesehen von Heidenheim nicht nur dieselbe, sondern vielfach so-

gar eine höhere Gemeindeumlage als Tübingen. Dazu kommt, daß diese anderen Städte vielfach auch höhere Reichssteuerüberweisungen erhalten als Tübingen, so Heidenheim weit mehr als das Doppelte.

Tübingen aber hat auf allen Gebieten nicht nur dieselben Aufwendungen wie jene Städte mit größerem Steuerkataster und größeren Reichssteueranteilen, sondern es hat auf vielen Gebieten erheblich höhere Aufwendungen als jene Städte. Dabei soll nicht einmal gedacht werden an unsere Nachbarstadt Reutlingen, die bei ihrem Kataster von 9 600 000 Mark beinahe dreimal höhere Steuereinnahmen hat als Tübingen und die mehr als dreimal höhere Reichssteuerüberweisungen erhält als Tübingen.

So sind die Verhältnisse bei uns in Tübingen unter jedem Betracht sehr schwierig. Wie wir eben gesehen haben, sind unsere Einnahmen wesentlich geringer als diejenigen anderer Städte gleicher Größe, ja sogar als wesentlich kleinerer Städte, während wir andererseits eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen haben, die in anderen Städten in diesem Umfange nicht bestehen. Das Schulwesen, das bei den Terrainverhältnissen unserer Stadt besonders teure Straßenwesen, die Straßenfürsorge, die Uferbauten u. Uferunterhaltungen usw. sind hier besonders belastend und wir können auf diesem Gebiet nicht abbrechen, wollen wir nicht das Niveau unserer Stadt und damit in gewissem Sinn auch der Universität drücken und damit die Erwerbsmöglichkeit der hiesigen Bevölkerung gefährden.

Die neuen und außerordentlichen Aufwendungen der Stadt auf dem Gebiet des Schulwesens, die Folgen der neuen Befolungsordnung von 1927 und die Folgen des Baues der Wildermuthschule veranlassen uns vor einigen Jahren zur Festsetzung der Gemeindeumlage auf 20 Prozent, einen Satz, den wir bisher halten konnten, zu einer Erhöhung des elektrischen Lichttarifs auf 50 %, den wir aber im vorigen Jahr ermäßigen konnten auf 48 % und den wir demnächst weiter ermäßigen wollen.

Auch auf dem Gebiet der Notverordnungsteuern sind wir sehr zurückhaltend gewesen. Wir haben der gesetzlichen Pflicht gemäß die Gemeindebeiträge im gesetzlichen Mindestbetrag angesetzt, haben aber von der besonders belastenden Gemeindebeiträge Steuer Abstand genommen und erheben die Bürgersteuer nur im gesetzlichen Mindestbetrag. Andere Städte mußten leider dazu übergehen, die Bürgersteuer im vielfachen Betrag zu erheben, mußten zum Teil Zuschläge einführen zur Biersteuer und mußten auch die Getränkesteuer einführen, diese für Publikum wie für den Wirtstand gleich unangenehme und lästige Steuer.

Wenn wir von alledem Abstand nehmen konnten und wenn wir dazu noch, was andere Städte nicht konnten, auf dem Weg der Arbeitsbeschaffung für Wohlfahrtserwerbslose Namhaftes zu leisten in der Lage waren, so war dies nur möglich durch eine außerordentlich sparsame Verwaltung.

Bezüglich unseres Steuerkatasters darf noch auf eine Tatsache hingewiesen werden, die verhältnismäßig wenig beachtet wird. Alle die vielen staatlichen Gebäude, also alle Universitätsgebäude, Kliniken, Institute usw. sind vollständig steuerfrei. Für sie ist also an die Stadt kein Pfennig Katastersteuer zu entrichten.

Der Stand der städtischen Schulden darf betragen auf 1. Januar 1929 insgesamt 4,38 Millionen Mark und er beträgt heute 4,93 Millionen Mark. Die städtischen Schulden sind also in diesen drei Jahren um 550 000 Mark gestiegen. Die Schulden des Elektrizitätswerks, des Gaswerks und des Wasserwerks sind hierunter inbegriffen. Dieser Schuldensteigerung in drei Jahren von 550 000 Mark stehen aber mindestens gleichviel neu geschaffene Werte gegenüber, darunter die vielen neu erbauten und neu erworbenen städtischen Gebäude für die meisten Grundstücke, die Erweiterungen und Verbesserungen des Elektrizitätswerks, des Gaswerks und des Wasserwerks.

#### Die Befolungspolitik der Gemeinden

wurde in den letzten Jahren vielfach und nicht immer zustimmend besprochen. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Stadtgemeinde Tübingen alle ihre Beamten, ganz genau nach den gesetzlichen Vorschriften eingestuft hat. Die städtische Befolungsordnung wurde von der zuständigen Staatsbehörde genehmigt. Die städtischen Befolungen werden Jahr für Jahr in den Haushaltsplan aufgenommen. Kein Beschluß hat das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

Dagegen wurde im Lauf der letzten Jahre im Wege organisatorischer Änderungen und Vereinfachungen manches eingespart. Wir haben die gehobene Fürsorge, das frühere Wohlfahrtsamt, aufgehoben und mit dem allgemeinen Wohlfahrtsamt vereinigt, haben bei der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung und beim Steueramt organisatorische Änderungen vorgenommen, haben das Wohnungsamt aufgehoben und haben eine Reihe von Stellen umgewandelt von Beamtenstellen in Angestelltenstellen. Alle diese Maßnahmen haben wesentliche Ersparnisse gebracht, die im Beharrungszustand betragen rund 16 000 Mark.

Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat auch Tübingen erfaßt.

Wir fühlen das an berechtigten Klagen der Gewerbetreibenden, Handwerker und Arbeiter, wir sehen es an der steigenden Zahl der Erwerbslosen und wir empfinden es an dem immer schwieriger werdenden Steuereinzug.

Da ist es umso notwendiger, daß wir unser städtisches Gemeinwesen gesund erhalten.

Sparbarkeit wird auch künftig Leitstern bleiben in unserer Verwaltung. Wir wollen es vermeiden, unseren Bürgern neue, weitere Steuern aufzulegen, obwohl unsere bisherigen Steuereinnahmen stark zurückgehen. Der Rückgang der Ueberweisungssteuern vom Reich, insbesondere der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer spricht ja eine beredte Sprache.

Aber wir wollen den Mut nicht sinken lassen und wollen trotz aller Schwierigkeiten auch künftig in bisherigen Sinn sachlich weiterarbeiten im Dienste unserer Stadt.

An Aufgaben, die den Gemeinderat unmittelbar nach seinem Zusammentritt beschäftigen werden, ist zu nennen die Frage der Tarifierung beim Elektrizitätswerk und beim Gaswerk. Ferner werden in Bälde und als ein Teil ortsbaustatutarischer Vorschriften die allgemeinen Anbauvorschriften für unsere Stadt zu beraten sein. Endlich ist Vorsorge zu treffen für eine Verbesserung der Wehranlage Gartenstraße. Sobald wir in bezug auf die Deckungsmöglichkeit klarer sehen, werden auch einige Straßenverbesserungen zu beschließen sein, so namentlich südliche Eslingerstraße, Fischbachstraße u.a. Beim Ronnenhaus wird, sobald wir finanziell dazu in der Lage sind, die Pflasterung zu verbessern sein, was einen erheblichen Kostenaufwand verursacht. Die Hauptaufgabe der kommenden Monate wird aber sein die Verabschiedung des städtischen Haushaltsplanes für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933.

Wie schon angedeutet, betrachte ich es als das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit, diesen Haushaltsplan trotz gesteigerter Schwierigkeiten, trotz sinkender Einnahmen und steigender Wohlfahrtslasten zu verabschieden ohne Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern. Es wird dazu auf allen Seiten viel Einsicht, manche Selbstüberwindung und viel guter Wille notwendig sein, um was ich bitte.

Indem ich so Bericht erstattet habe über die hauptsächlichsten Vorgänge in den letzten Jahren,

darf ich dem Gemeinderat in keiner Gesamtheit herzlichen Dank aussprechen für seine selbstlose, sachliche, hingebende Tätigkeit im Dienste der Stadt.

Herzlichen Dank sage ich auch den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt, die durch ihre Tätigkeit mitgewirkt haben bei Bewältigung unserer Aufgaben in den letzten Jahren.

Dank sei auch gesagt allen Staats- und Körperschaftsbehörden, namentlich den Gemeindeaufsichtsbehörden, die unserer Arbeit jederzeit wohlwollend und verständnisvoll gegenübergestanden sind.

Dankbar sei gedacht auch des guten Verhältnisses zu den Reichsbehörden und zum Bataillon.

Sie alle meine verehrten Damen und Herren bitte ich, sachlich zusammenzuarbeiten, erfüllt von dem Willen, das Beste zu leisten für unsere Stadt Tübingen!

Darauf ergreift das ausscheidende Mitglied

#### Stadtrat Prof. Dr. Stod

das Wort, um dem Stadtvorstand für seine Tätigkeit zu danken. Er führte dabei unter allgemeinem, lebhaftem Beifall aus:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!

Meine Herren!

„Wir, die wir heute zum letzten Male hier in diesem Saale sind, haben vor allem zu danken für die lebenswürdigen, anerkennenden Worte, die uns der Herr Oberbürgermeister gewidmet hat. Ich glaube im Namen all meiner ausscheidenden Kollegen sagen zu können, daß wir gerne hier mitgearbeitet haben. Nur eines tut mir speziell leid, daß ich für diese meine Tätigkeit auf dem Rathaus nicht viel mehr Zeit aufwenden konnte — ich hätte mich, wenn es irgend möglich gewesen wäre, gerne noch viel intensiver für diese der Allgemeinheit gewidmete Arbeit eingesetzt — aber ultra posse nemo obligatur — meine große klinische Arbeit ließ mir einfach nicht mehr Zeit.“

Wenn wir auf unsere Amtstätigkeit zurückblicken, so können wir sagen: das, was uns am angenehmsten berührt hat, ist die Tatsache, daß hier jeder, der Herr Oberbürgermeister, alle Beamten der Stadt und auch besonders wir Stadträte uns bemüht haben, nur sachliche Arbeit für das Allgemeinwohl zu leisten. Das Zusammenarbeiten war nicht durch irgend welche persönlichen oder unsachlichen Momente getrübt; bei allen auch den schwierigsten Fragen war Sachlichkeit und Sinn für das Allgemeinwohl der Stadt und ihrer Bürger immer die Grundlage der Verhandlungen.

Es ist besonders wohlthuend, daß wir hier in Tübingen — einer sicher nicht reichen Stadt — mit der den Erwerbslosen geleisteten Hilfe an der Spitze stehen. Wenn es auch manchmal schwer fiel die großen Summen für diesen Zweck flüssig zu machen, so konnten wir uns doch ganz ruhig der Führung unseres Oberbürgermeisters fügen, der es bis jetzt fertig gebracht hat, immer wieder die nötigen Mittel zu schaffen.

Was in den letzten 6 Jahren an großen Verbesserungen — ich erinnere an die Aufwendungen für die Universität, Straßen, Werke, Schwemmanalisation — geleistet worden ist, soll uns einmal eine Stadt von der Größe von Tübingen nachmachen. So können wir ruhig abtreten und nur hoffen, daß auch die neuen Mitglieder des Gemeinderats in der gleichen Sachlichkeit, im selben Vertrauen zu unserem Stadtoberhaupt arbeiten, daß es ihnen in den kommenden, schweren Zeiten — die ganz sicher zu erwarten sind — gelingen möge, ihre Arbeit zum Nutzen der Stadt und ihrer Bürger in Freude und Hingebung zu tun.

Ich wünsche auch im Namen all meiner Kollegen der guten Stadt Tübingen eine stetige und ruhige Weiterentwicklung!“

## Die Beeidigung der neuen Mitglieder.

Im Anschluß hieran erfolgte die Beeidigung der neu eingetretenen Gemeinderatsmitglieder.

Es scheiden aus dem Gemeinderatskollegium aus die Mitglieder: Dr. Stöck, Henne, Wägenbaur, Göhner, Braun, Morlock, Koss, Schweichardt und Dr. Stahlecker.

Wiedergewählt wurden folgende Mitglieder, deren Dienstzeit mit dem 31. Dez. 1931 abgelaufen war: Koch, Landerer, Eugen Köhler, Dr. Gmelin, Lemberger.

Neu eingetreten sind folgende Herren, die bisher dem Gemeinderat nicht angehörten: Kerk, Seelos, Schurr, Köffler, Heinle, Stockburger, Benzinger, Eppensteiner, Schneid.

Diese neu zu verpflichtenden Mitglieder wurden vom Stadtvorstand eidlich verpflichtet. Die Verpflichtung erfolgte durch Ablegung des folgenden Diensteiides mit Handschlag.

Der Diensteid lautet:

„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und der Landesverfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinden und Körperschaften gewissenhaft zu wahren und das Wohl der Gemeinde und ihrer Angehörigen nach Kräften zu fördern.“

Diejenigen Mitglieder des Gemeinderats, die bisher schon dem Kollegium angehörten und heuer wieder gewählt worden sind, wurden vom Vorsitzenden auf die früher vollzogene Verpflichtung hingewiesen.

Oberbürgermeister Scheef beendete den Beeidigungsakt mit Dank an die ausscheidenden Mitglieder und mit der Bewillkommung der neu eintretenden Mitglieder, indem er noch ausführte:

Es ist uns allen ein Bedürfnis, den heute ausscheidenden Mitgliedern herzlich zu danken für ihre Tätigkeit im Kollegium. Die ausscheidenden Mitglieder haben ihr Bestes getan, um das Wohl unserer Stadt zu fördern. Ich bitte die Herren, das lebhafteste Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten unserer Stadt, das sie während ihrer Dienstzeit bekundeten, auch künftig nicht erlahmen zu lassen und im Geiste auch künftig mitzuwirken an unseren immer größer und schwieriger werdenden Aufgaben.

Mein besonderer Dank gilt noch dem ausscheidenden Herrn Stadtrat Henne für seine langjährige erspriessliche Tätigkeit als erster Stellvertreter des Stadtvorstands. Ich bedaure, daß er, der in den letzten Wochen krankheitshalber unseren Beratungen fernbleiben mußte, heute nicht bei uns weilen kann und bringe ihm die besten Wünsche dar für die baldige völlige Wiedergenesung.

Auch dem Herrn Stadtrat Dr. Stahlecker, der infolge Todesfalls in der Familie heute verhindert ist, gelten unsere herzlichsten Wünsche, ebenso den Stadträten Landerer und Dr. Gmelin.

Ich bewillkomme zunächst die bisherigen Mitarbeiter, die wiedergekehrt sind, und ich bewillkomme alle neuen Mitglieder.

Ich bin überzeugt, daß die neuen Mitglieder ebenfalls die Grundsätze hochhalten, die das Gemeinderatskollegium bisher geleitet haben, nämlich unbedingte Sachlichkeit, die keine Parteigrenzen kennt und keine Parteiinteressen, sondern die zur Richtschnur ihres Handelns hat lediglich das öffentliche Wohl und seine Förderung.

Möge die künftige gemeinsame Arbeit des neuen Gemeinderats unserer Stadt Tübingen zum Segen gereichen!

